

Medienmitteilung

Thema	Abstimmungsparolen für den 23. September 2012
Für Rückfragen	Martin Bäumlé, Präsident glp Schweiz, Tel. +41 79 358 14 85
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 322 60 57, E-Mail schweiz@grunliberale.ch , www.grunliberale.ch
Datum	05. September 2012

Der Vorstand der Grünliberalen Partei Schweiz hat die Parolen für die Abstimmungen vom 23. September 2012 gefasst. Die Grünliberalen sagen Ja zum Bundesbeschluss zur Jugendmusikförderung und Nein zu den Volksinitiativen «Sicheres Wohnen im Alter» und «Schutz vor Passivrauchen»

JA zum Bundesbeschluss zur Jugendmusikförderung

Die Volksinitiative «Jugend und Musik» ging den Grünliberalen zu weit, sie hat aber erreicht, dass Bundesrat und Parlament den Handlungsbedarf betreffend der musikalischen Bildung im schulischen und ausserschulischen Bereich erkannt und akzeptiert haben. Der neue Bundesbeschluss zur Jugendmusikförderung als Gegenentwurf zur Initiative ist für die Grünliberalen ein guter Kompromiss. Die Grünliberalen anerkennen, dass die musischen Fächer für die Persönlichkeitsentwicklung und einen ganzheitlichen Stundenplan wichtig sind. Zudem sollen sich mit dem Beschluss musikalisch begabten Kindern und Jugendlichen die gleichen Chancen eröffnen wie sie sportbegabte Kinder und Jugendliche bereits lange erfahren. Für die Grünliberalen ist die Zustimmung damit verknüpft, dass daraus den Kantonen und Gemeinden gestützt auf den Bundesbeschluss keine neuen Kosten entstehen.

NEIN zur Initiative «Sicheres Wohnen im Alter»

Die Volksinitiative «Sicheres Wohnen im Alter» will Rentnerinnen und Rentnern ein einmaliges Wahlrecht einräumen, den Eigenmietwert nicht mehr zu versteuern. Gleichzeitig sollen die jährlichen Unterhaltskosten bis zu einem Höchstbetrag von 4'000 Franken und die Kosten für Massnahmen die dem Energiesparen, dem Umweltschutz und der Denkmalpflege dienen, vollumfänglich abzugsberechtigt bleiben. Die Grünliberalen würden Hand zur Abschaffung der Besteuerung des Eigenmietwerts bieten, dann aber für alle und mit der gleichzeitigen Abschaffung aller Steuerabzüge für Eigenheimbesitzer. Die vorliegende Volksinitiative würde hingegen zu zwei parallelen Steuersystemen führen und sie hätte eine Ungleichbehandlung von Hausbesitzern zur Folge. Es gibt aber keine sachlichen Gründe dafür, warum Hausbesitzer im Rentenalter gegenüber den jüngeren Hausbesitzern besser gestellt werden sollten. Eine Annahme der Initiative wäre ungerecht, kompliziert und ineffizient.

NEIN zur Initiative «Schutz vor Passivrauchen»

Die Initiative will das im Jahr 2010 in Kraft getretene Gesetz verschärfen bzw. die kantonalen Regelungen vereinheitlichen. Damit würde der heute den Kantonen zugestandene Handlungsspielraum gestrichen. Dieser Handlungsspielraum war aber Bestandteil des Kompromisses beim heutigen Gesetz. Aus Sicht der Grünliberalen reicht die heutige Gesetzgebung aus, um die Gesundheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der Bevölkerung zu schützen. Obwohl das Gesetz erst kürzlich in Kraft getreten ist, funktioniert der Vollzug durch die Kantone zufriedenstellend. Es braucht deshalb keine Regelung auf Verfassungsstufe. Stattdessen wollen die Grünliberalen, dass neben der Prävention auch die Eigenverantwortung hochgehalten wird.